

# Rheinsberger Zeitung

Umfliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

### Bezugs-Preis

in unserer Geschäftsstelle (siehe bei den Abbestellern) und beim Bezugs durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich Carl Zburmann



Druck und Verlag C. Turmanns Buchdruckerei Rheinsberg

### Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5-gespaltene Zeitspalte oder deren Raum berechnet und bis nachmittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten

Nr. 35

Fernsprecher

Donnerstag, den 22. März 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

— Berlin, den 21. März 1928.

## Chronik des Tages.

— Reichspräsident von Hindenburg sprach dem Prof. Kler in einem Handschreiben seine Glückwünsche zum 70. Geburtstag aus.  
— In Osnabrück im Bezirk Breslau kam es bei landwirtschaftlichen Juuungsvereinigungen zu schweren Zusammenstößen.  
— Der Reichstag nahm am heutigen Mittwoch die Neuwahl des Vizepräsidenten vor.  
— Der regierende Bürgermeister von Hamburg, Dr. Rebeten, ist auf zwei Jahre in seinem Amte bestätigt worden.  
— Die Berliner Brauereibesitzer haben den am 15. März von der Schlichtungskammer gefällten Schiedsspruch angenommen.  
— In dem Strafprozess wegen Verletzung des Verzehrs gegen einen Direktor, drei Gelehrte und vier Beamte der Vermögensgrube in Mollte bei Neurode in Schlesien kam es zu einem Freispruch wegen Verführung.  
— Das Schöngewässer in Simonsen verunreinigte den 52-jährigen Chauffeur Hart, der seiner Zeit die geschiedene Frau Bunte ermordet hatte, zum Tode.  
— In Siebenbrunn kam es im Anschluß an Versteigerungsgegenstände gegen die neue Kultusgesetzgebung zu blutigen Zusammenstößen.  
— Die Leichen der im amerikanischen U-Boot „S. 4“ eingeschlagenen Besatzungsmitglieder wurden geborgen und an Land gebracht.

## Verhandlungskrise mit Polen.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die seit Wochen nicht mehr recht vom Fleck kamen, sind nun von Warschau mit einer neuen Hypothese belastet worden. Es geht um das deutsche Niederlassungsrecht, also um die polnische Grenzschutzverordnung. Gegen die bisherige Grenzschutzverordnung hat Deutschland Protest erhoben, worauf man uns in Warschau auf eine neue Novelle beschränkte. Diese wird nunmehr nach Wochen größter Geheimnistuerei der Öffentlichkeit präsentiert. Am weitesten läßt die „neue“ Verordnung alles beim alten; sie beschränkt sich mehr auf stilistische Änderungen. Die Enttäuschung über diese Politik der polnischen Regierung ist in Deutschland allgemein und das um so mehr, als der polnische Außenminister Jastelski in Genf Dr. Stresemann gegenüber Verständnis für die deutschen Interessen bezeugt hat. Wenn Warschau trotzdem eine Grenzschutzverordnung beschließt, die das deutsche Niederlassungs-, Aufenthalts- und Eigentumsrecht in Polen völlig in Frage stellt, ist das daraus hervor, daß Jastelski den Reichsarbeiten polnischen im Kabinett unterlegen ist. Diese Gruppe hat eine direkt sinnlose Deutung angestrebt und eben so groß wie ihre Angst, ist ihre Feindschaft gegen das Deutsche. Unerträglich ist es natürlich, wenn diese Leute die amtliche Politik des Landes bestimmen, weil dadurch jede wirtschaftliche Verständigung unmöglich gemacht wird.

Zunächst bedarf das Präzidentenbrot noch der Zustimmung des Parlaments, doch ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß die Regierung eine Mehrheit finden wird. Unter diesen Umständen wären die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen an ihren Ausgangspunkt zurückzuführen. Wenn Polen an der Weiterführung der Verhandlungen etwas gelegen ist, wird die Regierung in Warschau in irgendeiner Form die Grundlage wiederherstellen müssen, die der deutsche Gesandte bei seinen mehrfachen Wiederbesuchen in Warschau für die Lösung der Niederlassungsfrage geschaffen hat. Von der Reichsregierung ist eine bewillkommene, aber auch feste Haltung zu erwarten. Uebrigens ist man in den verhandlungsbereiten Kreisen der polnischen Wirtschaft über die neueste Aktion des amtlichen Solens nicht minder entsetzt, wie in Deutschland.

Die neue Grenzschutzverordnung schafft in ihren wesentlichsten Bestimmungen in einer Grenzzone von 30 Kilometer Breite ein Grenzschutzrecht, das außerdem auch in einer erweiterten Grenzzone nach Ausdehnung und Entzerrungen erlaubt. Dadurch erstreckt sich die Verordnung auf den ganzen Weichsel-Korridor; ferner sollen die Bestimmungen der Bestimmungen der Grenzschutzverordnung auch in Posen gelten. Die Anwendung bringen können. Mehrere Bestimmungen dürften allerdings nicht lange in Kraft bleiben, weil sie dem deutsch-polnischen Obervertragsvertrag widerspricht und Deutschland bereits den Saager Grenzschutz entgegenbar. Ausdehnungen und Entzerrungen erfordern noch nicht einmal ein rechtskräftiges Urteil, es genügt vielmehr, wenn im Verwaltungswege irgendwelche geringfügigen Vergehen auf dem Gebiete des Polens oder der Finanzen festgestellt worden sind! Damit noch nicht genug, öffnet die neue Verordnung der Rechtsunsicherheit Tür und Riegel, indem sie bestimmt, daß der zuständige Polizeibeamte einzelnen Ausländern in der Grenzzone die Ausweisung von Besitz, Pachtung, Nutzung und Verwertung von Immobilien, von Handel und Gewerbe, die

Verleitung und Exploitation von Arbeiter und Unternehmungen verbieten kann, wenn er dies mit Rücksicht auf das Wohl des Staates, die Sicherheit und die öffentliche Ordnung für erforderlich hält, oder die Ausübung dieser Befugnisse dem Staatswohl „lästig“ ist!

Unser diejenen Umständen kann natürlich nicht davon die Rede sein, daß Polen sein mehrfach gegebenes Verhalten, eingehalten wird. Die Stellungnahme der deutschen Öffentlichkeit wird Polen rasch über die Gefahren der neuen Wendung klarstellen gemacht haben. Warschau hat sich nicht nur deutlich ins Unrecht gesetzt, es hat auch den neuen Antriebe, den die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen im November erhalten haben, rasch wieder zunichte gemacht. Bleibt die Frage, ob man in Warschau durch die Weiterführung dieser Politik die Handelsvertragsverhandlungen endgültig freigen und durch schleunige Korrekturen die Voraussetzungen für einen Handelsvertrag wieder herstellen will. Die Entscheidung fällt Warschau zu.

## Zusammenstöße in Langensöls.

Einmüte bei landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen. — Sturvergehen in letzter Minute verhindert!  
Aus Schöten wird folgende Meldung verbreitet: „Anlässlich der in Langensöls im Kreise Nimtsch veranstalteten Zwangsversteigerungen auf landwirtschaftlichen Vertrieben hatten sich etwa 1000 Bauern aus den Kreisen Neichenbo und Nimtsch gesammelt, die durch Singen von Liedern auf den Versteigerungsplätzen die Abgabe von Geboten zu verhindern suchten. Der Landrat des Kreises Nimtsch hatte ein Schutzpolizeikommando von 20 Mann nach Langensöls entsandt, die mit dem Gemeindefeld gegen die Bauern vorging. Es gab mehrere Versteigerungen. Als sich der Sturm immer mehr steigerte, weil ein bekannter Führer der Landwirte verhaftet werden sollte, ließ der befehlsgebende Offizier die Wajschingewehr anfahren und die Karabiner laden. Angesichts dieser ernstlichen Lage wurden die weiteren Zwangsversteigerungen abgebrochen. Nur dem besonnenen Verhalten des Offiziers und dem Eingreifen der anwesenden Landvolkführer ist es zu verdanken, daß noch im letzten Augenblicke ein Blutvergießen vermieden wurde.“

## Das Notprogramm im Ausschuss.

Ergänzende Ausführungen des Reichs ernährungsministers Schiele.  
Der Haushaltsausschuss des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag mit den rückständigen Teilen des Etats des Ernährungsministeriums. Reichs ernährungsminister Schiele behandelte das landwirtschaftliche Notprogramm und verweist auf die von ihm vorgelegte Denkschrift. Der Minister erklärte, die dringlichsten Probleme seien die Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse und die Verordnung des landwirtschaftlichen Absatzes. Der Ergänzungsetat sehe eine Ermächtigung für den Reichsfinanzminister vor, kurzfristige Vorstöße bis zur Höhe von 100 Millionen an Anleihe zu geben, welche Kredite zur Umschuldung dringender Schulden an landwirtschaftliche Betriebe gewährleisten wollten. Weiter sei vorgesehen, gemeinsam mit den Ländern und den Gemeindeverbänden 200 Millionen für Umschuldungskredite zu gewähren. Bei einer Verschuldungssumme von 60 M. je Hektar könne die Hilfe von der Kreditstelle allein nicht kommen. Die Gesamtbeihilfe müsse mit einem jährlichen Verlust von einer Milliarde Mark rechnen. Der Weg vom Produzenten zum Konsumenten müsse abgekürzt werden. Eine Verteilung der Unterfütterungsgebote auf die Länder sei nicht angebracht, man müsse eine zentrale Regelung fordern.  
Im Anschluß an die Ministerrede entspann sich eine längere Debatte, die hauptsächlich der Verteilung der Mittel galt.

## Preisausgleich für die Landwirtschaft.

Ein Denkschrift des Reichs ernährungsministers zum Ergänzungsetat für 1928.  
Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Reichstag eine Denkschrift zugehen lassen, die die finanziellen Anforderungen für das landwirtschaftliche Notprogramm im Ergänzungsetat behandelt. Die Denkschrift betont, daß die außerordentliche Notlage der Landwirtschaft mit den angeforderten Mitteln nur dann sichtbar gelindert werden könne, wenn diese nicht zerstückelt, sondern nach einheitlichen Gesichtspunkten verwaltet, in der geeigneten Weise verwendet und an der zweckmäßigsten Stelle eingesetzt werden. Es gelte vor allem, die aufbauenden Kräfte der Selbsthilfe in der Landwirtschaft dem Gesamtplan nutzbar zu machen. Als ein wesentlicher Grund der landwirtschaftlichen Not wird von der Denkschrift die Mangel-

gleichheit zwischen der landwirtschaftlichen Gütererzeugung und den Bedürfnissen des Verbrauches bezeichnet, die in zeitweiligen Absatzschwierigkeiten für nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Produkte ihren Ausdruck findet. Es sei daher die Aufgabe, einen geeigneten Ausgleich zwischen dem nach Jahreszeiten, Galtbarkeit und Qualität stark schwankenden Verbrauch auf der einen Seite und den Anforderungen des Verbrauches an einer gleichmäßigen Befriedigung durch marktfähige Ware auf der anderen Seite herbeizuführen.

Zur Bekämpfung der ausländischen Konkurrenz müsse die Erzeugung von Standardmarkenwaren gefördert werden. Das Genossenschaftswesen sei zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Die Finanzierung der Absatzorganisationen sei dadurch zu erleichtern, daß die Deutsche Rentenbankkreditanstalt in die Lage gesetzt werde, in Geschäftsbetrieb mit ihnen zu treten, was nach den jetzt geltenden Bestimmungen nicht möglich sei.

## Rußlands Abrüstungsvorschläge

Graf Bernstorff unterstützt Kwinow. — Moskauer fordert Antwort. — Die türkische Delegation für das Gaus-Syrien.  
Die erste Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission in der neuen Woche brachte bedeutende Erklärungen und aufschlußreiche Debatten. Zunächst nahm der türkische Außenminister Tenzif Nuzuh Bey das Wort, um die Haltung seines Landes zur Abrüstungsfrage darzulegen. Danach befaßte sich auch die Türkei mit dem deutschen Gaus-Syrien, das für rechtliche Streitigkeiten zwischen Gaus-Syrien und für politische Streitigkeiten ein Vergleichsverfahren vorschlägt. Absolute Sicherheit ist nach türkischer Auffassung erst dann gegeben, wenn alle Kulturstaaten dem Völkervertrag angehören und ein Angestellter automatisch in die Lage einer rebellierenden Provinz kommt. Bis dahin empfiehlt Ankara den Abbruch von Nichtangriffspakten und Übernahmehaltung von Neutralitätsverpflichtungen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung ging man zur Besprechung der russischen Abrüstungsvorschläge über. Der Führer der russischen Delegation, Kwinow, forderte Garantien, damit Moskauer Vorschläge, die die Abschaffung der lebenden Heere und die Beseitigung der Festungen und des Kriegesgerätes im Verlaufe von vier Jahren erbeten, nicht in Interkommissionen begraben werden. Rußland verlange die baldige Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz

und halte diplomatische Vorverhandlungen für unnötig. Die Abrüstungskommission habe bisher einen unfruchtbaren D-batterien gebildet. Auf 121 Sitzungen hätten sich 17 internationale Organisationen mit der Abrüstung befaßt, und die vorbereitende Abrüstungskommission habe allein schon 189 Sitzungsstage zu verzeichnen. Rußland fordere eine klare Antwort auf zwei Fragen: erstens: Ist die Kommission damit verbunden, den Grundriss der allgemeinen vollständigen Abrüstung binnen vier Jahren zur Grundlage ihrer Arbeiten zu machen? zweitens: Ist sie bereit, die erste Etappe der Abrüstung so zu organisieren, daß schon vom ersten Jahre ab der Krieg schwierig oder unmöglich wird?

Der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, begrüßte die russischen Einwände aufs wärmste und empfahl eine eingehende Prüfung der russischen Vorschläge, die das Endziel der Abrüstung klar herausstellten. Die russischen Vorschläge stimmten mit den Anforderungen des Ausschusses überein und seien geeignet, seinen Arbeiten einen neuen Antrieb zu geben. Rußland habe wie Deutschland die schrittweise Abrüstung gefordert. Auch ihm erscheine es besonders wertvoll, daß das Ziel möglichst rasch erreicht werde. Bekümmert nötig sei es, daß die einzelnen Etappen rasch hintereinander folgten.

Zum Schluß unterstrich Graf Bernstorff die russischen Anregungen, den gegen die Zivilbevölkerung anzuwendenden Kampfmitteln größte Aufmerksamkeit zu schenken. Notwendig sei insbesondere auch die möglichst baldige Einberufung der Internationalen Abrüstungskonferenz! Es handle sich darum, den allgemeinen Frieden zu retten und bewaffnete Konflikte schon in der ersten Etappe zur Abrüstung unmöglich zu machen. Graf Bernstorff befaßte sich vor, im weiteren Verlaufe der Tagung auf diesen Punkt noch einmal zurückzukommen.

Die Ausführungen des deutschen Delegierten hatten auf die Teilnehmer sichtlich großen Eindruck gemacht. Man hatte nicht erwartet, daß Deutschland sich derart rasch gegen die Verschleppung der Abrüstung aussprechen würde.